



An den Vorsitzenden  
des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen  
Herrn Bernd Petelkau

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

**SPD-Fraktion  
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 13.06.2018

**AN/0953/2018**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	18.06.2018

**Autonomes Zentrum an der Luxemburger Str. 93**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

am 31.12.2018 läuft der Nutzungsvertrag mit dem Autonomen Zentrum über das Objekt an der Luxemburger Str. 93 ab. Teil der damaligen Vereinbarung war, dass die Stadt geeignete Ausweichstandorte identifiziert und hierzu Anfang 2018 mit dem AZ in den Dialog tritt. Auf Grundlage einer Anfrage der SPD-Fraktion hat die Verwaltung im Februar 2017 mitgeteilt, dass sie bereits auf der Suche nach Alternativstandorten sei. Das AZ hat in einem offenen Brief an die Oberbürgermeisterin vom 21.05.2018 mitgeteilt, dass es zwischenzeitlich Gespräch mit Verwaltungsvertretern gegeben habe. In diesem Rahmen seien auch zwei – aus Sicht des AZ völlig ungeeignete – Grundstücke angeboten worden. Das AZ bezeichnet die Gespräche mit der Verwaltung über Alternativstandorte bislang als enttäuschend und vollkommen ergebnislos.

Vor diesem Hintergrund und dem Umstand, dass der Nutzungsvertrag in etwa einem halben Jahr ausläuft, bittet die SPD-Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind weitere Gespräche mit dem AZ geplant? Sind die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner bzw. die Bürgerinitiative bei den Gesprächen beteiligt, oder zumindest darüber informiert worden?
2. Nach welchen Kriterien wurden die zwei angebotenen Grundstücke ausgewählt? Wie ist deren Lage, Beschaffenheit, bisherige Nutzung etc.? Befinden sich beide Grundstücke im Eigentum der Stadt?
3. Prüft die Verwaltung derzeit weitere Alternativstandorte? Bezieht sie dabei private Grundstücke mit ein?
4. Was passiert, wenn keine Einigung bis zum 31.12.2018 erreicht werden kann? Welche Auswirkungen ergeben sich für die Umsetzung des Stadtentwicklungsprojektes Parkstadt Süd – Teilbereich Eifelwall? Wie gedenkt die Verwaltung die bestehenden Beschlüsse umzusetzen?

Die Verwaltung wird gebeten die Beantwortung auch dem Ausschuss Umwelt und Grün, dem StEA sowie dem Liegenschaftsausschuss in ihrer nächsten Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin